

Wer den Strom nicht mehr bezahlen kann, freue sich, er wird zum Klimaretter

geschrieben von Chris Frey | 8. Januar 2020

Nun muss man zugeben, dass die Frau wie es als Aktivist eben erforderlich ist, nur etwas übertreibt um zur Durchführung erforderlichen Kompromissen eine Orientierung zu geben.

Stört Sie ein Windrad vor der Haustüre? Dann bitte daran Anteile zeichnen und mit-verdienen, denn verhindern lässt es sich nicht (mehr)

Und unser Politikzirkus ist inzwischen dabei, Kompromisse auszuloten. Zwischenzeitlich hat Deutschland den höchsten Verbraucherstrompreis in Europa und auch schon die Gesetze verabschiedet, damit er konsequent und spürbar noch viel, viel teurer wird. Zwar stellen Sonne und Wind weiterhin keine Rechnungen, doch was muss das den Strom aus der Steckdose interessieren? Als Folge gibt es Bürger, welche Probleme haben, ihren Strombedarf zu bezahlen.

Die SPD, immer um ihr Klientel besorgt, weiß Rat. Eine der Ursachen des hohen Strompreises, der Ausbau des Ökostromes – hier der Windkraft – muss, um eigene Entscheidungen zu erfüllen -, weiter und ohne „Bürgerbremsen“ vorangetrieben werden. Nicht alle Bürger sind davon hellauf begeistert und einige nehmen spätestens Anstoß daran, wenn es direkt vor ihrer Haustüre oder auch in geschützten Wäldern geschieht. Bisher verdienen noch relativ wenige daran. Einige davon stellen auch schon fest, dass es sich nicht (mehr) so richtig lohnt, daran teilzunehmen.

Doch die Politik weiß aus eigener Erfahrung: Was einem selbst mehr nutzt, als es dem Nachbarn schadet, wird gerne (an)genommen und führt zu innerer Zufriedenheit, also zur Zustimmung. Und so sollen sperrige Anrainer von Windkraft „gezwungen“ werden, Anteile der sie störenden Anlagen zu zeichnen. Nach dem altkapitalistischen Prinzip heilt Geld schließlich alles und sei es die Teilnahme noch breiterer Bevölkerungsschichten an der Abzocke der anderen. Gleichzeitig soll verhindert werden, dass man als Bürger Windkraftanlagen blockieren kann.

Damit fällt die SPD klare Entscheidungen: Wer Geld zum Zeichnen von Anteilen hat, bekommt noch mehr dafür, wer keines dazu hat, bezahlt noch mehr. Im Mittel gleicht sich das aus, und ist im Sinne der SPD somit ein gerechter Kompromiss für ihr Klientel und somit sicher ein neuer Meilenstein auf dem schnellen Weg zur Erreichung des Ziels von 30 % Wählerstimmen [2] (aktuell ca. 13 ... 15 %).

Kein Geld, um den Strom zu bezahlen? Dann fehlt nur eine optimale Beratung

Diese Beschreibung war natürlich unvollständig und typisch nörglerisch-negativ.

Selbstverständlich nimmt sich unsere Politik auch direkt der Problematik der „Stromarmut“ an. Alleine in Baden-Württemberg soll jährlich 25.000 Haushalten deshalb ja der Strom abgestellt werden [1].

Dazu weiß sie nun eine Lösung:

Nein, Geld ausgeben meinen sie natürlich nicht. Das benötigt ja der Staat in immer größeren Umfang. Er meint „lebenslanges Lernen“. Und da gerade die nicht so Einkommensstarken das oft nicht autodidaktisch können, wird es nun vom Staat unterstützt:

[1] Menschen, die von Armut bedroht sind und die Stromrechnungen nicht mehr bezahlen können, sollen besser beraten werden ...

Wobei es etwas sonderbar – aber auch wieder typisch – ist, was sich die Politik darunter vorstellt. Denn die „Beratung“ konzentriert sich auf die einfache Empfehlung: *Wer kein Geld für Strom hat, lerne einfach, wie man ohne solchen auskommt. Was man nicht mehr kaufen muss, ist auch nicht mehr teuer.*

Angelehnt ist die Lösung erkennbar an Vorgaben der Kirchen zu früheren Zeiten an das einfache Volk, dem Fasten. Modernisiert gehört Stromfasten für das Klima ja dazu. Unsere Öko-„Intelligenzelite“ (Klimamanager) zeigt sich dabei als Vorbild [3]. Zeitlich eingeschränkt, aber sie wollen ja auch nur den richtigen Weg zum Öko-Seelenheil aufzeigen.

Solche Ideen (die ihnen selbst kein Geld und Mühsal kosten) übernehmen Politiker gerne:

[1] ... „Für viele Menschen ist es bittere Realität, dass am Ende des Monats häufig das Geld nicht mehr reicht, um Strom oder Heizung bezahlen zu können. Es ist wichtig zu wissen, an welchen Stellen eventuell unnötige Kosten eingespart werden können.“ ... Verbraucherschutzminister Peter Hauk, CDU

Alle Verantwortlichen fanden das so gut, dass es gleich umgesetzt wurde. Sage niemand, dass unsere Parteien nicht vor Tatendrang und Umsetzungskraft strotzen:

[1] ... Mehrere Verbände unter der Führung von vier Ministerien in Baden-Württemberg haben dazu eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet und eine Initiative gestartet. Sie wollen Menschen mit wenig Einkommen intensiver beraten, wie sie zum Beispiel besser Energie sparen können – damit es erst gar nicht so weit kommt, dass Rechnungen nicht mehr bezahlt werden können und der Strom abgestellt wird. ...

... „Die heutige Erklärung stellt einen ersten Schritt dar, um der Energiearmut im Land entgegenzutreten. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten“, sagte Alexis von Komorowski, Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg.

Quellen

[1] SWR Aktuell 21.11.2019 : *Beratungsangebote gegen „Energiearmut“
Bedürftige sollen lernen, Strom zu sparen*

[2] Welt 4.1.2020: *SPD-Duo relativiert 30-Prozent-Aussage*

[3] EIKE, 22.03.2017: *Klimamönche*, alternativ: die Klimaelite unserer
Behörden*